APPELL

Kommunen stärken: Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz

Gemeinsamer Appell von 10 Verbänden an die Umweltminister*innen anlässlich der Umweltminister*innenkonferenz

24.11.2026

Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Städte und Gemeinden sind der Schlüssel für eine lebenswerte, resiliente Zukunft. Bund und Länder erkennen diese zentrale Rolle im Kampf gegen die Klimakrise immer wieder an. Es ist an der Zeit, der Anerkennung Konsequenzen folgen zu lassen.

Angesichts der dramatischen finanziellen Situation vieler Kommunen droht, dass notwendige Maßnahmen für Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz als freiwillige Aufgaben der Kommunen verschoben, reduziert oder ganz aufgegeben werden. Das können wir uns angesichts der fortschreitenden Klimakrise nicht leisten. Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz müssen in allen Kommunen dauerhaft verankert und finanziert werden, unabhängig von der jeweiligen Haushaltslage.

Die zeichnenden Verbände fordern deshalb die Umweltministerinnen und -minister auf:

1. **sich für eine Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz auszusprechen** und den Bund aufzufordern eine entsprechende Gemeinschaftsaufgabe in Art. 91 a für Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz einzuführen.

2. **Klimaschutz und Klimaanpassung gemeinsam zu stärken**: Die Handlungsfelder müssen zusammengedacht und gemeinsam gefördert werden. Klimaschutz und Klimaanpassung sind zwei Seiten einer Medaille, denn wirksamer Klimaschutz bleibt unverzichtbar, um künftige Klimarisiken und den damit verbundenen Anpassungsbedarf zu reduzieren. Eine Gemeinschaftsaufgabe, die sich auf die Bewältigung der Klimafolgen beschränkt, greift deshalb zu kurz. Auch naturbasierte Lösungen müssen dabei beachtet werden.

3. **Förderung einfach und flexibel zu gestalten:** Die Gemeinschaftsaufgabe muss bürokratiearm und budgetbasiert ausgestaltet sein. Kommunen kennen ihre lokalen Herausforderungen und wissen am besten, welche Maßnahmen vor Ort besonders wirksam sind. Die bisherige kleinteilige, unübersichtliche, zeitaufwendige und oft unsichere Förderlandschaft erschwert die Umsetzung dringend notwendiger Maßnahmen.

4. **Kommunale Handlungsfähigkeit dauerhaft zu stärken:** Neben finanziellen Mitteln brauchen Kommunen ausreichend personelle Kapazitäten und vor allem langfristige Beschäftigungsperspektiven. Nur mit ausreichend qualifiziertem und unbefristetem Personal und guten Arbeitsbedingungen können Klimaschutz-, Klimaanpassungs- und Naturschutzkonzepte entwickelt und Maßnahmen langfristig umgesetzt werden.

5. **für das nächste Extremwetterereignis vorbereitet zu sein:** Mit einem wirksamen Paket müssen Bund und Länder Maßnahmen gegen Extremwetterereignisse wie Hitze, Dürre und Starkregen vorsorgen und die Bevölkerung vor den Auswirkungen schützen. Hierfür müssen entsprechende Maßnahmen verpflichtend auf kommunaler Ebene verankert und der Wissenstransfer zwischen den verschiedenen Ebenen gestärkt werden.

Klimakrisenjahr 2026: Kommunen brauchen jetzt Unterstützung

2026 ist ein Jahr, in dem wir die Auswirkungen des Klimawandels stark spüren, mit enormen Gefahren und Folgen für Gesundheit und Leben. Laut RKI-Schätzungen sind in diesem Jahr rund 16.000 Menschen durch die Extremhitze im Sommer gestorben.[1] Auch die wirtschaftlichen Schäden und Kosten sowie Auswirkungen auf Wertschöpfung und Beschäftigung drohen sich in den nächsten Jahren zu verschärfen. Ohne Gegenmaßnahmen werden unterbrochene Wertschöpfungsketten auf Grund von Niedrigwassern oder hitzebedingten Arbeitsausfällen zunehmen. Die Hitzewelle Ende Juni hat allein mindestens **6,3 Milliarden Euro gekostet.**[2] Ein Tag mit Temperaturen über 30 Grad kostet die Volkswirtschaft 431 Millionen Euro, ein Tag mit

[1] https://www.rki.de/DE/Themen/Gesundheit-und-Gesellschaft/Gesundheitliche-Einflussfaktoren-A-Z/H/Hitze/Bericht_Hitzemortalitaet.html
[2] https://www.prognos.com/de/kosten-hitzewelle-juni-2026

extremer Hitze **über 35 Grad** mit **984 Millionen Euro** mehr als doppelt so viel.[3] Hinzu kommen die hohen Kosten, die durch die verschiedenen Energiekrisen entstehen.

Die gute Nachricht: Wir kennen die Lösungen, sie sind erprobt und gesellschaftlich akzeptiert. 75 Prozent der Menschen in Deutschland wollen den naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen, um unabhängiger von Öl- und Gasimporten zu werden.[4] Beim Absatz neuer Heizungen wurde die Gasheizung von der Wärmepumpe überholt.[5] Der Absatz von E-Autos liegt bei 37% und damit 80% höher als im Vorjahr.[6] Die Erneuerbaren sind das Fundament unserer Energieversorgung. Diese Entwicklungen gilt es nun zu beschleunigen.

Klimaschutz ist ein Standortvorteil: Investitionen in klimaneutrale Technologien sichern die Arbeitsplätze der Zukunft, Investitionen in Effizienz und erneuerbare Energien können zur lokalen Wertschöpfung beitragen und die Elektrifizierung verringert die wirtschaftliche Abhängigkeit von fossilen Energien. Klimaschutz sorgt außerdem für stabile und bezahlbare Energiepreise, wovon Bürger*innen und Unternehmen gleichermaßen profitieren. Klimaanpassung ist ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge und trägt dazu bei, unsere Infrastrukturen und Wertschöpfungsketten resilient aufzustellen. Es gibt zahlreiche erfolgreiche Beispiele dafür, wie Kommunen den Wandel vor Ort gestalten. Was fehlt, sind verlässliche Rahmenbedingungen: eine langfristige, auskömmliche und bürokratiearme Finanzierung sowie ausreichend personelle Kapazitäten, um die notwendigen Maßnahmen konsequent umzusetzen.

[3] https://www.prognos.com/de/kosten-hitzewelle-juni-2026
[4] https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Studien___Hintergrund/2026_10_12_Forsa_Umfrage_Ergebnisse.pdf
[5] https://www.bdh-industrie.de/presse/pressemeldungen/artikel/heizungsmarkt-legt-zu-waermepumpen-setzen-positive-impulse
[6] https://www.kba.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Fahrzeugzulassungen/2026/pm44_2026_n_10_26_pm_komplett.html

Kontakt

Klima-Allianz Deutschland e.V.
Invalidenstr. 35, 10115 Berlin
Website klima-allianz.de
Instagram @klima__allianz
LinkedIn Klima-Allianz Deutschland

Für inhaltliche Rückfragen
Franziska Ortgies, Referentin Kommunaler Klimaschutz
Tel. 030/780 899 526
franziska.ortgies@klima-allianz.de

Für Presseanfragen
Jakob Schreyer, Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 030/780 899 514, Mobil 0172/298 4269
presse@klima-allianz.de

Die Veröffentlichung findet im Rahmen des Projekts „Kommunen stärken für mehr Klimaschutz“ und wird gefördert durch die Stiftung Mercator.